

Leben nach Migration – Newsletter Nr. 5 | Juni 2013

Sondernummer zu *FLUCHT und ASYL*

Editorial

Am 26.05.1993 beschloss die Regierungskoalition von CDU, CSU und FDP mit Zustimmung der SPD-Opposition eine grundgesetzliche Neuregelung des Asylrechts. Mit dieser Neuregelung, die verharmlosend und verschleiern als «Asylkompromiss» bezeichnet wird, ist es den deutschen Gesetzgeber_innen gelungen, das Grundrecht auf Asyl faktisch abzuschaffen. Diese Abschaffung fällt in eine Zeit von Morden, Brandanschlägen und anderen verbalen und körperlichen Gewalttaten gegen asylsuchende Menschen und People of Color und gipfelte unter anderem in dem Brandanschlag in Solingen, bei dem Gürsün İnce, Hatice Genç, Gülüstan Öztürk, Hülya Genç und Saima Genç ums Leben kamen.

Mit der Sondernummer zu *Flucht und Asyl* möchten wir an 20 Jahre Abschaffung des Grundrechts auf Asyl und 20 Jahre mörderischer Brandanschlag in Solingen erinnern und aktuelle, daran anknüpfende Diskurse und Widerstände aufzeigen.

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V.
Oranienstraße 34 • 10999 Berlin
Presse@MRBB.de • 030/616 58 755

Redaktion:

Iris Rajanayagam, Angelina Weinbender, Koray Yılmaz-Günay (V.i.S.d.P)

«Leben nach Migration» erscheint monatlich und dient den Mitgliedsorganisationen des MRBB und der interessierten Öffentlichkeit als Debatten- und Informationsmedium.

Die Artikel geben die Meinung der Autor_innen wieder und müssen nicht den Positionen des MRBB entsprechen. Sie können mit der Quellenangabe «Leben nach Migration – Newsletter des MRBB, Ausgabe 05/2013» vervielfältigt und weiterverwendet werden.

Artikel können unverlangt eingesandt werden. Es entsteht dadurch kein Anspruch auf Abdruck.

I N H A L T

<i>Meinung</i>	Seite 2
Koray Yılmaz-Günay Zu sagen, was ist	
<i>Interview</i>	Seite 7
Iris Rajanayagam und Mai Zeidani Nur, weil wir keine Stimme haben, heißt das nicht, dass wir diese nicht erheben	
<i>Perspektive</i>	Seite 11
Maria Portugal Alltagsgedenken	
<i>Dokumentation</i>	Seite 13
«Generation Kanak» 20 Jahre Abschaffung des Asylrechts. Rassismus damals und heute	
<i>Bericht</i>	Seite 15
Petek Heglein Lagerland Berlin	
<i>MRBB-News</i>	Seite 16

Meinung:

Zu sagen, was ist. Einige Gedanken zu «Deutsch»-Sein, Asyl/Flucht und «NSU»

Koray Yilmaz-Günay



«Deutsch»-Sein

Deutschland, wie wir es heute kennen, ist Anfang 1871 gegründet worden. Nach einer Serie von Kriegen, dessen letzter gegen Frankreich geführt wurde, entstand als Deutsches Reich zum ersten Mal ein Nationalstaat, zu dem, wie bei jedem Nationalstaat, ein in Grenzen gefasstes Gebiet gehörte – eins, das über Jahrhunderte wie ein Flickenteppich aus fester oder lose verbundenen kleinen und großen Fürstentümern und Republiken ausgesehen hatte. Schon in den ersten 75 Jahren seiner Existenz verantwortete der neue Staat schwerste Verbrechen, und zwar weit über seine Grenzen hinaus: Neben der Ausbeutung von Menschen und Ressourcen in den Kolonien bis hin zum millionenfachen Mord in diesen Kolonien, im Ersten und Zweiten Weltkrieg sowie in der Vernichtungsindustrie der nationalsozialistischen Kommandos, Ghettos und Lager.

Neben einem abgegrenzten Gebiet braucht jeder Nationalstaat gemeinsame Vorstellungen davon, was und wer «dazugehört». Solche Vorstellungen entstehen nicht von allein, sondern müssen erdacht, begründet und unter Ressourceneinsatz *durchgesetzt* werden. Staat und Zivilgesellschaft investieren viel in die Herstellung der Abgrenzung nach außen und der Homogenisierung nach innen. Im Lauf weniger Jahre ist so herausgearbeitet worden, was (und vor allem: wer) als «deutsch» gelten konnte:

Durch den Kolonialismus, aber auch die Dämonisierung und Abwertung von Schwarzen, Roma und Sinti sowie Jüd_innen (vor allem aus Osteuropa) in Deutschland wurde Weißsein als gesellschaftliche Norm etabliert. Der moderne Rassismus hatte sich schon vor der Gründung des Deutschen Reiches ausgeprägt, gewann aber mit den Mechanismen *systematischer* Ungleichbehandlung, die sich aus den neuen Möglichkeiten eines großen, mächtigen Nationalstaats ergaben, schnell an Fahrt. Die weitgehende Abwesenheit des deutschen Kolonialismus im Schulunterricht führt noch heute dazu, dass die Vergehen anderer Länder verurteilt werden – in Bezug auf Deutschlands Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik (vor allem auf dem afrikanischen Kontinent) aber kaum Wissen vorhanden ist.

Neben den Kolonien verlor das Deutsche Reich nach dem Ersten Weltkrieg, den es ausgelöst und verloren hatte, große Teile seines Territoriums an Nachbarländer – vor allem die Gebiete, in denen neben Deutsch auch Polnisch, Französisch oder Dänisch gesprochen

wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg, ebenfalls von Deutschland ausgelöst, der wenige Jahre darauf folgte, wurden noch einmal große Teile an Polen und Russland abgetreten. Deutschland wurde immer «deutscher».

Ein anderer wichtiger Faktor im nationalen Projekt waren (und sind es bis heute) Sprache und Kultur: Durch die Herausgabe von Wörterbüchern (z.B. Gebrüder Grimm), der Standardisierung von Rechtschreibung (Konrad Duden und andere) und der gesprochenen Sprache oder durch die Schaffung nationaler Mythen (etwa die Edition des Nibelungenlieds) wurde ein Nationalbewusstsein geschaffen, das so vorher nicht existiert hatte und bis heute immer wieder erneuert werden muss. Was zum Bestand des Nationalbewusstseins gehört, ist umkämpft und unterliegt historischem Wandel. Der Wiederaufbau des Stadtschlusses in Berlin ist ein Beispiel für etwas, das erhalten bzw. wieder sichtbar gemacht werden soll. Der Berliner Dom und das Deutsche Historische Museum stehen dort, wo mit dem Palast der Republik ein Repräsentationsbau der DDR abgerissen wurde, nicht zufällig beieinander. Das Stadtschloss ist der in einem Krieg zerstörte Teil eines Ensembles aus weltlicher Herrschaft, Kirche sowie Kunst/Kultur und Wissenschaft. Dass diese Trinität im neuen alten Stadtzentrum wieder beieinanderstehen soll, ist gewollt und gemacht. Das bedeutet: Eine andere Herleitung des Selbst-Bildes wäre auch möglich. Ein Beispiel für etwas, das zum «Deutschsein» nach dem Zweiten Weltkrieg dazugekommen ist, ist das Bild von

der «Stunde Null», der Geburtsstunde einer geläuterten Nation. Dass Mitglieder der Regierungspartei, der SS und anderer nationalsozialistischer Institutionen vor allem im Westen erneut bis in höchste Ämter und Würden kamen, stand nie im Widerspruch zu dieser verbalen Läuterung. Die Generalamnesie vertrug sich im Gegenteil ganz ausgezeichnet mit einer Generalamnestie. Bis heute ist das Erstaunen groß, wenn aufgedeckt wird, dass etwa maßgebliche Beamte bei den Geheimdiensten, Politiker_innen, Funktionär_innen in Vertriebenenverbänden, Teile des Personals beim Militär oder sogar Kulturschaffende bereits eine NS-Karriere hinter sich hatten.

Die «Leitkultur», von der heute gesprochen wird, wurde erst vor etwas mehr als 100 Jahren erschaffen; die Zugehörigkeit zu ihr wurde über eine Blutgemeinschaft gedacht, die weit über die Grenzen des Deutschen Reiches hinausreichte, aber längst nicht alle umfasste, die *im* Deutschen Reich lebten. Im Kaiserreich (bis 1919), in der Weimarer Republik (bis 1933) und vor allem in der nationalsozialistischen Zeit (bis 1945) wurden «rassische» Unterscheidungen vorgenommen, die es «Deutschen» von Osteuropa bis nach Zentralasien erlaubten, «dazu» zu gehören, während diejenigen, die zwar formal über die Staatsbürgerschaft verfügten, aber als «fremd» galten, Diskriminierung und Gewalt erfuhr. Die NS-Regierung konnte ohne Probleme auf viel ältere, in Zeiten der «Demokratie» angelegte Foto- und Fingerabdruckkarteien zurückgreifen, was ihr die Verfolgung von Sinti und Roma wesentlich erleichterte. Die schrittweise Ausbürgerung der jüdischen Bevölkerung nach der Einführung der ersten gesamtstaatlichen «deutschen» Staatsangehörigkeit (1935) konnte auf einem gesellschaftlichen Konsens aufbauen, der sie auch vorher schon als «anders» definiert hatte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg änderten sich zwar einige Sprachregelungen, eine große Zäsur blieb aber aus: Es wurde weiterhin auf die völkische Konzeption vom «Deutschsein» gesetzt; staatliche wie gesellschaftliche Diskriminierung setzten sich für viele deutsche Verfolgte des Naziregimes ohne Bruch fort, während es DDR-Deutschen und «Deutschen» aus dem sonstigen Ausland als «(Spät-) Aussiedler_innen» ermöglicht wurde, nach West-Deutschland zu kommen und staatliche Unterstützung bei der Ansiedlung zu bekommen. Ob sie vorher jemals im Besitz einer deutschen Staatsangehörigkeit waren («Reichsdeutsche») oder ihr «Deutschsein» allein auf ihre blutsmäßige Abstammung zurückführten («Volksdeutsche») war dafür irrelevant. Erst mit dem Zuwanderungsgesetz (2005) ist eine weitgehende Gleichstellung mit anderen Einwanderungsgruppen erfolgt, die für (Spät-) Aussiedler_innen vor allem eine Schlechterstellung bedeutete. Eine Besserstellung aller wäre ebenfalls möglich gewesen.

Politisch Verfolgte genossen Asylrecht

Die Aufnahme des Asylrechts in die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (Vereinte Nationen, 10. Dezember 1948) ist eine zentrale Lehre aus der Zeit der faschistischen Regime in Europa. Die Erfahrung hatte gezeigt, dass sich viele Länder immer stärker weigerten, Schutzsuchende aus dem nationalsozialistisch-faschistischen Herrschaftsbereich aufzunehmen, je größer ihre Zahl wurde. Durch verbrieftes Recht sollte die auf Gegenseitigkeit setzende Verantwortung der Staaten für Menschen, die aus einem Land flüchten und Aufnahme in einem anderen Land suchen, sichergestellt werden: «Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgungen Asyl zu suchen und zu genießen» (im Entwurf hatte es noch geheißen: «Asyl zu suchen, zu erhalten und zu genießen»).

Wesentlich wichtiger als Quelle des internationalen Rechts wurde das «Abkommen über die Rechtstellung der Flüchtlinge» (Genfer Flüchtlingskonvention, 1951), das sich ursprünglich nur auf die Flucht aus europäischen Ländern bezog, 1967 aber auf die ganze Welt ausgedehnt wurde. Etwa 150 Staaten haben den Vertrag bis heute unterzeichnet und sind demzufolge verpflichtet, ihn in eigenes Recht umzusetzen. Die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK, 1950) ist heute von fast 50 europäischen Staaten ratifiziert worden. Vor allem bei Abschiebungsverboten spielen beide Übereinkünfte eine große Rolle (vgl. z.B. § 60 Aufenthaltsgesetz).

Zentral war und ist allerdings in der deutschen Debatte der Grundgesetz-Artikel 16. Von 1949 bis 1993 lautete sein zweiter Absatz: «Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.» Um diesen Satz hatte es bereits im Erstellungsprozess des Grundgesetzes heftige Debatten gegeben, insbesondere seit 1977 aber führten Debatten über steigende Zahlen von Asylsuchenden immer wieder zu Einschränkungen – wie der Einführung von Sammelunterkünften, der Einschränkung sozialer Leistungen, der Beschleunigung von Verfahren, der Verkürzung der Rechtsmittel-, Begründungs- und Erklärungsfristen, der Einführung einer Visumpflicht für Hauptherkunftsländer etc. Vor allem aber wurde durch Gerichte immer restriktiver ausgelegt, was «politische Verfolgung» ist. Flankiert wurden die Änderungen immer durch die Stimmungsmache gegen Asylsuchende und das Asylrecht selbst. Franz Josef Strauß beispielsweise – kein Niemand in der BRD – «warnte» Anfang 1985, die «Tamilen» seien bereits da, «jetzt fehlen uns nur noch die Kanaken» Der scharfe Ton, den sich längst nicht nur die CSU zu eigen machte, meinte auch andere Migrant_innen. Die BRD durfte unter keinen Umständen zum «Einwanderungsland» werden. Nicht zufällig kam die «Rückkehr-Förderung» für Menschen, die zur «Gastarbeit» angeworben worden waren, in derselben Zeit auf.

Nach dem Fall der Mauer und insbesondere im Zusammenhang mit den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien wuchs die Zahl der Asylsuchenden Anfang der 1990er Jahre kurzfristig an. Die Bundesregierung unter Helmut Kohl nutzte die Welle neonazistischer und rassistischer Gewalt, die sich seit der Wiedervereinigung in allen Landesteilen Bahn gebrochen hatte, um Artikel 16 faktisch abzuschaffen. Die Verantwortung für zahllose Morde, Brandanschläge sowie unermessliche verbale und körperliche Gewalt wurde damit den Asylsuchenden in die Schuhe geschoben – die Rhetorik vom «Boot», das «voll» sei, wurde bis weit ins linke Lager hinein benutzt. Mit Argumenten wie «Jeder Asylantrag ist ein SPD-Asylantrag» (Volker Rühe) wurde der Teil der oppositionellen SPD diffamiert, der sich trotz der dominierenden Parteilinie noch gegen eine Grundgesetzänderung wehrte.

Am 6. Dezember 1992 einigten sich schließlich die Bundestagsfraktionen der Union, der FDP und der SPD auf den «Asylkompromiss». Das Grundgesetz und das Verfahrensrecht wurden «angepasst», das heißt der Satz «Politisch Verfolgte genießen Asylrecht» wurde in einen neuen Artikel 16 a ausgelagert (Absatz 1). Seine Absätze 2 bis 5 regeln seit dem Bundestagsbeschluss am 26. März 1993, wer von diesem Recht *nicht* Gebrauch machen darf: Alle, die über ein Mitgliedsland der EU oder einen «sicheren Drittstaat» einreisen. Wer also nicht aus der Luft auf Deutschland fällt oder schwimmend das Land erreicht, wird draußen gehalten. Denn trotz der faktischen Abschaffung des grundgesetzlich verbrieften Rechts auf Asyl und Ablehnungsraten um die 99% gelten weiterhin die ausländerrechtlichen Abschiebungshindernisse, die sich aus der Genfer Konvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention ergeben.

Tote, die in Kauf genommen werden

Deutschland hat heute zu Land nur noch eine «Außen-grenze» zur Schweiz. Das heißt, der Luft- und der Seeweg sind die einzigen Möglichkeiten, zuerst *hier* anzukommen. Von denjenigen, die es überhaupt aufs EU-Territorium schaffen, kommen die meisten auf dem südeuropäischen Festland oder auf einer der Mittelmeer- oder Atlantik-Inseln an. Im Amsterdamer Vertrag (1997) ist einerseits festgeschrieben, dass es sich beim Asylrecht um eins der Rechtsgebiete handelt, die auf EU-Ebene geregelt werden. Deswegen haben sich in der Folge die Mitgliedsstaaten auf einheitliche Verfahren geeinigt (z.B. die «Aufnahmerichtlinie» zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylsuchenden oder die erste «Dublin»-Verordnung 2003, durch die der Mitgliedstaat bestimmt wird, der für die Prüfung eines Asylantrags zuständig ist). Dadurch ist aber andererseits auch innerhalb der EU eine Grenze gezogen worden, die zu einem krassen Ungleichgewicht bei der Lastenverteilung führt: Die reichen Länder im Norden sind mit einer südeuropäischen «Pufferzo-

ne» versehen worden, bei der weder die Bevölkerungszahl noch die ökonomische Stärke eines Landes berücksichtigt werden braucht. Deutschland hat, wie seine mittel- und nordeuropäischen Nachbarn, mit den Grenzen seine Probleme ausgelagert.

Die vergleichsweise armen Länder im Süden der EU kümmern sich nun um die Aufnahme von Neuankommenden, das Abnehmen und Registrieren von Fingerabdrücken usw. Die gemeinsame Kartei ermöglicht es aber allen Ländern in der EU, Menschen daran zu hindern, in einem anderen Mitgliedstaat oder zu einem anderen Zeitpunkt noch einmal Asyl zu beantragen. Griechenland hat im Jahr 2012 für die Versorgung von Asylsuchenden vier Millionen Euro von der EU bekommen. In die Abschottung der griechischen Außengrenzen wurden von der EU im selben Jahr 200 Millionen Euro investiert. Das Fünffachfache. Durch die «Grenzschutz-Agentur» Frontex, die von Haushalt zu Haushalt mehr Geld bekommt, wird das Grenzregime immer weiter nach Süden und Osten verschoben («Prävention») und dort militarisiert.

Anstatt also die Gründe für Flucht zu bekämpfen – stark asymmetrische globale Arbeitsteilung und Handelsbeziehungen, Unterstützung von autoritären Regimen, wenn es in die eigene Geostrategie passt und militärischer Umsturz, wenn das alte Regime ausgedient hat, schonungslose Ausbeutung von natürlichen Ressourcen und Umweltzerstörung etc. – werden die davor Flüchtenden bekämpft. Dass ihre Herkunftsländer am meisten unter der neokolonialen Ordnung der Welt zu leiden haben und niemand aus Langeweile flüchtet, kann erfahren, wer in die Heime weitab von Dörfern oder Städten fährt. In den Zeitungen dominiert im Vorwahlkampf wieder einmal die Hetze von Politiker_innen («Armutszuwanderung»), die katastrophalen Zustände in Griechenland und Italien (Leben auf der Straße, Inhaftierung in Polizeistationen oder Gefängnissen über Monate, Polizeigewalt, neofaschistische Lynchmobs und vieles mehr) schaffen es nur ins Bewusstsein der wenigsten.

Maßnahmen zur «Sicherung» von Grenzen richten sich aber nicht nur gegen Menschen, die über diese Grenzen hineinkommen wollen. Sie wirken sich auch auf die Verhältnisse im Inneren dieser Grenzen aus. Die rassistischen und neonazistischen Pogrome Anfang der 1990er Jahre wurden mit dem «Asylkompromiss» abgewiegelt – oder richtiger: belohnt. Auf Millionen Migrant_innen und ihre Nachkommen – egal, aus welchen Gründen oder auf welchen Wegen sie nach Deutschland gekommen sind – und auf Hunderttausende, die nichts mit «Migration» zu tun hatten, aber für «Ausländer_innen» gehalten wurden, hatten die Pogrome wie auch die staatliche Reaktionsweise darauf eine immer noch nachwirkende traumatisierende Wirkung. Die Anschläge von Solingen, so sagen es heute selbst konservative Politiker_innen, waren eine direkte Folge

des «Asylkompromisses», der den Neonazis und ihren rassistischen Sympathisant_innen deutlich vorgeführt hat, dass im Zweifelsfall sie zur völkisch konzipierten Nation dazugehören, die «Anderen» aber nicht. Fast 200 rassistische und neonazistische Morde sind seit der Wiedervereinigung zu beklagen – die Zahlen vor 1990, aber auch das Ausmaß von allem, was unterhalb von Mord und Totschlag rangiert, lassen sich nur erahnen. Die Rufe nach «Integration» in eine solche Gesellschaft, in der Rassismus konsequent ignoriert und Debatten über Zugehörigkeiten über Blutsbande und Gene geführt werden, ist blanker Hohn. Die «Integrationsdebatte» steht sowohl für die Abwehr unerwünschter Einwanderung als auch für die Bemühung, die Vorstellung von der deutschen Nation als einer weißchristlichen aufrechtzuerhalten. Die Schockstarre, die sich nach dem Aufliegen der NSU-Morde in weiten Teilen der Gesellschaft ausgebreitet hat, ist symptomatisch für ein Land, das sich eher über sein Ansehen im Ausland sorgt als seine koloniale Vergangenheit und ihr rassistisches Fortwirken in den Blick zu nehmen. Der große Schreck und die tief in den Knochen sitzende Lähmung sind nicht gespielt. Sie sind, ganz im Gegenteil, vollkommen legitim. Das macht sie so unerträglich.

Eine der zentralen Aussagen der aktuellen Asyl-Proteste lautet: «Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört.» Es gibt kaum eine bessere Antwort auf den eingängigen Vorbehalt: «Wir können nicht hier die Probleme der ganzen Welt lösen.» Dabei müsste, wer Probleme auf der ganzen Welt zu schaffen weiß, sich gelegentlich doch auch eine Meinung zum Umgang mit ihnen bilden. (Dabei müsste unter anderem auch berücksichtigt werden, dass eine Genfer Konvention, wie sie vor dem Hintergrund der unmittelbaren europäischen Vergangenheit und der Gegenwart des Kalten Krieges entwickelt worden war, heute nicht mehr aktuell sein kann. Der größte Teil der Welt wurde damals noch von einigen Ländern kolonisiert. Was heute zunehmend als Problem in den Blick gerät, war damals Teil einer brutalen herrischen Normalität.)

Wie zerstörerisch die völkische Konstruktion dieser Nation ist, zeigt sich aber auch *innerhalb* der Festungsmauern. Die Staats- und Institutionenkrise, über die niemand spricht, die aber mit jeder weiteren Aufdeckung zum «NSU-Skandal» breiter und tiefer wird, erschwert es zunehmend, Rassismus und Neonazismus allein nach «rechts» auszulagern, an den Rand oder hinter den Rand der Gesellschaft. Die Inlandsgeheimdienste, Polizeibehörden und die Innenministerien sind integraler Bestandteil dieser Gesellschaft. Sie sichern und stabilisieren hegemoniale Vorstellungen durch Überwachung, Kontrolle und Kriminalisierung. Auch die vom «Deutsch»-Sein. Es stehen also nicht nur ein Kreis von Personen oder eine einzelne Institution zur Disposition. Die vollkommen berechtigte Angst ist: Der morsche Untergrund wird das große Ganze ins Wanken bringen, wenn ich mich rühre.

Rührung aber ist wichtig. Es kostet viel Mühe und bereitet Schmerzen zu sagen: Diese Gesellschaft nimmt den Tod Tausender Menschen in Kauf, an ihren Außengrenzen, die mittlerweile durch das Mittelmeer und südlich der Sahara zu verlaufen scheinen, und in den Kriegen, die in verschiedensten Weltgegenden in ihrem Namen geführt werden. Es kostet Kraft und ist beschwerlich zu sagen: Diese Gesellschaft subventioniert den Mord an manchen ihrer Mitglieder durch Steuergelder. Umso dringender wird es jeden Tag.

Für die Gespräche zu den hier besprochenen Themen und die kritischen Anmerkungen danke ich insbesondere Noa Ha, Salih Wolter und Ulaş Yılmaz.

Koray Yılmaz-Günay ist Vorstandsmitglied des Migrationsrates Berlin-Brandenburg e.V. (Foto: Katina Schubert.)

Veranstaltungshinweis



ID-WITHOUTCOLORS

Werkstatt der Kulturen, 11. Juni 2013 - 19 Uhr

Der erste Dokumentarfilm über Racial Profiling in Deutschland

Eintritt frei

Wissmannstr. 32, D-12049, +49 (0)30 /609770
www.werkstatt-der-kulturen.de

 **migrationsrat**
Berlin & Brandenburg

 Shoot 4
Change
Berlin

 **KIP**

WERKSTATT DER KULTUREN

www.vimeo.com/60243499



Interview

«Nur weil wir keine Stimme haben, heißt das nicht, dass wir diese nicht erheben, wir erheben sie schon seit Jahren!»

Gespräch zwischen Iris Rajanayagam und Mai Zeidani

Aktivistinnen der *Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant_innen Berlin*

Mit dem sogenannten Asylkompromiss wurde vor 20 Jahren das Grundrecht auf Asyl in Deutschland faktisch abgeschafft. Kurz darauf ereignete sich der rassistisch motivierte Mordanschlag von Solingen, bei dem fünf Menschen starben. Die *Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant_innen* und *The Voice (Refugee) Forum* setzen sich seit vielen Jahren gegen die restriktive Asylpolitik Deutschlands ein und fordern aktiv die grundlegenden Rechte der vom strukturellen Rassismus betroffenen Personen ein. Dabei haben sie immer wieder mit massivsten Repressalien von Seiten der Behörden und der Polizei zu kämpfen. Vom 13. bis zum 16. Juni findet das «Internationale Flüchtlingstribunal gegen die Bundesrepublik Deutschland» statt. Ein selbstorganisiertes Tribunal, bei dem der deutsche Staat grober Menschenrechtsvergehen beschuldigt wird. Aktivist_innen der *Karawane* und *The Voice* werden Anklage erheben, Zeug_innen-Aussagen und Beweise vorbringen, um schließlich ein Urteil zu fällen.

Iris Rajanayagam: Was ist das Hauptziel des Tribunals?

Mai Zeidani: Ich würde sagen, es ist ein Mittel, der Öffentlichkeit, aber auch uns selbst, zu zeigen, dass wir da sind. Dass wir als Aktivist_innen bestimmte Ziele erreichen wollen – und vor allem: wie?

Mensch könnte auch sagen: schon alleine unsere Präsenz ist eine «Waffe».

Ja. Die Tatsache, dass wir hier sind, ist vielen schon ein Dorn im Auge.

Wir sollen entweder gehen oder abgegrenzt und isoliert von der Gesellschaft existieren, denn in vielen Lagern geht es wirklich nur ums Existieren. Indem wir also unseren Aktivismus und somit unser Dasein öffentlich machen, üben wir schon Widerstand aus.

Das Tribunal wird so auch die Bewegung der Flüchtlinge und Migrant_innen in Deutschland stärken. So et-

was gibt anderen Kraft und die Gewissheit, dass mensch nicht passiv bleiben muss.

Wie soll das Tribunal aufgebaut sein? Die Trennung zwischen Anklage und Jury soll es in dem Sinne nicht geben.

Nein. Wir sind diejenigen, die Anklage gegen den deutschen Staat erheben. Wir wissen genau, worum es in unseren Beschuldigungen geht, da wir es tagtäglich am eigenen Leib erfahren. Um ein Urteil darüber zu fällen, ob das eine Straftat ist und wie eventuelle Sanktionen aussehen könnten, benötigen wir keine außenstehende Jury. Es soll drei Gruppen geben, die unsere Anklage vortragen werden. Die Opfer und ihre Familien, Fachexpert_innen, wie z.B. Jurist_innen, Ärzt_innen oder Wissenschaftler_innen im Bereich Recht und Politik sowie Selbstorganisationen der Flüchtlinge und Migrant_innen. Die Grenzen zwischen diesen drei Gruppen sind jedoch oftmals fließend. Eine betroffene Person kann selbstverständlich gleichzeitig Aktivist_in oder Fachexpert_in bzw. Wissenschaftler_in sein. Genauso wie eine Wissenschaftler_in auch Aktivist_in sein kann usw.

Welcher Vergehen wird der deutsche Staat beschuldigt?

Um es kurz zu fassen: die Ermordung und psychische Zerstörung unzähliger Menschen. Ich denke es ist wichtig zu betonen, dass dies in Bezug auf die menschenvernichtende Handlungsweise der Grenzschutzagentur Frontex an den Grenzen Europas, aber auch in Bezug auf die systematische Isolierung, Diskriminierung und Entmündigung von Personen innerhalb des Landes gilt.

Was sind genau unsere Forderungen?

Wir fordern in erster Linie ganz einfach die uns zustehenden Menschenrechte ein, es geht hier nicht um Luxus.

Das bringt mich zu dem Thema der Debatte zu Begrifflichkeiten, die derzeit läuft. Da geht es um Bürger_innen und Nicht-Bürger_innen, Flüchtlinge und Geflüchtete. Für mich ist das eine Diskussion unter Personen, die schon diese grundlegenden Menschenrechte innehaben. Wie siehst Du das?

Ich sehe das genauso. Diese Debatte wird weitestgehend außerhalb der Kreise geführt, um die es eigentlich geht. Obwohl es um die Selbstdefinition von Flüchtlingen geht, die nicht «Geflüchtete» gebrauchen müssen. Ich kann zwar das Argument nachvollziehen, dass der

Begriff «Flüchtling» häufig bevormundend gebraucht wird, aber wir kämpfen zunächst ums bloße Überleben. Menschen sterben zu Tausenden, physisch oder psychisch. Da bleibt nicht viel Zeit und Kraft für eine solche Diskussion zu Begrifflichkeiten.

Was genau meinst Du, wenn Du sagst, wir sind noch nicht an dem Punkt, an dem es um Selbstdefinitionen gehen kann? Bist Du der Meinung, dass diese Debatte momentan für uns unwichtig ist? Ich denke nämlich schon, dass Begrifflichkeiten eine sehr entscheidende Rolle in der Widerstandsbewegung spielen, die Diskussionen sind Teil der Bewegung.

Ich meinte eher, dass die Diskussion über, aber nicht mit uns geführt wird. Im Englischen gibt es das Sprichwort: «If it is about us without us it is not for us.» Also etwa: Wenn es über uns, aber ohne uns ist, ist es nicht für uns. Diese Art Debatten sind sehr wichtig. Allerdings eher noch im akademischen Umfeld als im «wahren Leben». Sicherlich können wissenschaftliche Diskurse sehr viel Einfluss haben und die Auswirkungen, die sie auf das Denken in der Gesellschaft haben, sind nicht zu unterschätzen. Dieser Diskurs wird jedoch



nicht im akademischen Umfeld geführt, er wird geführt, als würde er aus der Bewegung heraus kommen, wir sind in der Debatte aber nicht präsent. Was die Diskussion um Bürger_innen und Nicht-Bürger_innen betrifft; diese ist ohnehin weit entfernt von unserer «Realität».

Das sehe ich genauso. Uns geht es nicht darum, die Staatsbürgerschaft zu erhalten. Wir wissen genau, dass mit Erlangung dieser noch lange nicht alles in Ordnung sein wird.

Genau das ist mein Punkt. Es gibt so viele Afro-Deutsche, Asiatisch-Deutsche, Türkisch-Deutsche und Deutsch-Deutsche, die nicht der *weißen* Mehrheitsgesellschaft angehören und die Dir sagen werden, dass es einfach nicht reicht, einen deutschen Pass zu haben.

Das ist ein wichtiger Aspekt, um jetzt zurück zum Tribunal zu kommen. Deutscher Rassismus spielt für mich bei diesem Tribunal eine unheimlich signifikante Rolle. Jedoch habe ich bei den Vorbereitungen bis jetzt den Eindruck, dass dieses Thema selten direkt angesprochen wird. Ich frage mich, ob dies an der Omnipräsenz von Rassismus in unse-

rem Alltag liegt; es für uns also selbstverständlich ist, dass rassistisches Gedankengut mitunter die Wurzel des Problems ist, und wir deshalb nicht so sehr die Notwendigkeit sehen, es ständig direkt anzusprechen, oder ob wir uns so sehr auf konkrete Themen fokussieren, wie Residenzpflicht, Lager oder Frontex, dass dieses Thema, was eigentlich über allem schwebt, einfach vernachlässigt wird.

Ja, es ist tatsächlich so, dass wir uns sehr auf das «Instrumentarium der Zerstörung» konzentrieren. Ich bin auch der Meinung, dass dem Rassismus als eigenständigem Thema definitiv Raum im Tribunal und bei den Vorbereitungen gegeben werden sollte. Allerdings denke ich auch, dass dieser Raum eingenommen werden muss. Das Tribunal wird zum größten Teil von Personen gestaltet, die vom strukturellen Rassismus in Deutschland und Europa betroffen sind. Unter ihnen gibt es sehr wenige, für die Frontex nicht eine der primären Bedrohungen darstellt.



Ich sehe, worauf Du hinaus willst. Personen, die gezwungen wurden, ihre Heimatländer zu verlassen und nach Deutschland zu kommen, sind am direktesten vom menschenverachtenden und -vernichtenden rassistischen System hier bedroht. Dennoch denke ich, dass Alltagsrassismus für viele auch eine große Bedrohung darstellt. Da geht es nicht nur darum, Arbeit oder eine Wohnung zu finden, oder ständig von der Polizei kontrolliert zu werden, weil Du in ihren Augen nicht «deutsch» genug aussiehst. Für viele kann Alltagsrassismus meiner Meinung nach auch lebensbedrohlich sein.

So auch bei Oury Jalloh. Hier hat Alltagsrassismus in Form von «Racial Profiling» zu seinem Tod geführt. Die Ermordung von Marwa El-Sherbini ist auch eine unmittelbare Folge von Alltagsrassismus

Die psychische Belastung, wenn Du permanent mit Rassismus konfrontiert wirst, die im schlimmsten Falle zum Suizid führen kann, ist auch so ein Beispiel.

Ja, da muss ich an den Fall einer Bekannten denken, die mit ihrem Kind in einem Café saß und von ihrer Tischnachbarin massiv rassistisch beleidigt wurde. Das Traurigste an der Geschichte ist jedoch, dass keine_r interveniert hat.

Das bringt mich zu der Frage, wem genau unsere Anklage in diesem Tribunal gilt. Sicherlich dem deutschen Staat und seinen Institutionen sowie der Regierung und den großen Konzernen. Aber wie sieht es mit der Gesellschaft an sich aus? Es ist, denke ich, wichtig hervorzuheben, dass es nicht nur um Frontex usw. geht.

Das ist sicherlich wichtig. Es geht im Endeffekt um das, was die Gesellschaft als gegeben hinnimmt, toleriert oder sogar gutheißt. Um auf mein Beispiel meiner Bekannten im Café zurückzukommen – wenn Menschen es schaffen, einen Übergriff auf eine Mutter mit ihrem Kind zu ignorieren, die in Ihrer unmittelbaren Nähe geschehen, ist es umso einfacher, die Ermordung von Menschen zu ignorieren, die sie wenn überhaupt über die Medien mitkriegen.

Und das zeigt uns, wo der Kern des Problems liegt.

Ganz genau. Es gibt in Deutschland einen nicht zu leugnenden Rassismus, dieser wird von den Medien genährt, für politische Zwecke instrumentalisiert. So gehen der institutionelle und der Alltagsrassismus Hand in Hand.

Wie Du schon erwähntest, ist eines der Hauptziele des Tribunals die Dokumentation. Unter anderem wird es auch konkrete Aussagen von Zeug_innen geben. Wie sollen diese präsentiert werden?

Auf verschiedenste Art und Weise. Wir versuchen auch verstärkt die künstlerische Darstellung dieser Aussagen mit einzubringen. So soll es Theatervorführungen, Filme, Musik und bildende Kunst geben. Aber ich denke bei der Darstellung der Aussagen wird es unsere größte Herausforderung sein, nicht einfach wieder eine Schreckensgeschichte zu erzählen, davon gibt es unzählige und sie werden immer wieder erzählt. Das Problem ist, dass wir kein Gehör finden. Wie Grada Kilomba immer sagt: Nur weil wir keine Stimme haben, heißt das nicht, dass wir diese nicht erheben, wir erheben sie schon seit Jahren. Es hört uns einfach keine_r zu. (Just because we don't have a voice, it doesn't mean we aren't talking, because we have been talking for many years. It's just that no one is listening.)

Oder wie Spivak sagen würde: Die Subalterne kann nicht sprechen. (The Subaltern cannot speak.) Es soll auch eine Art Korridor geben, an dessen Wänden die Verschriftlichung von unzähligen Zeug_innen-Aussagen von Betroffenen und ihren Angehörigen aufgehängt werden sollen. Auch wer-

den exemplarisch Fälle wie der bereits erwähnte Mord an Oury Jalloh oder der Tod von Mohammed Silah verhandelt werden.

Ja. Aber mir wäre es am liebsten, wenn es ein Zelt gäbe, in dem Personen sozusagen «live» ihre Geschichten erzählen. Ich war 2006 bei einer Konferenz des Internationalen Komitees gegen das Verschwindenlassen (ICAD) in Kurdistan bei der es genauso war. Die Menschen haben einfach ihre Geschichten erzählt, und ich empfand dies als sehr effektiv.

Aber wie genau verhindern wir dann, dass genau das geschieht, was du oben erwähnt hast? Dass wir also einfach wieder eine Schreckensgeschichte erzählen ohne, Gehör zu finden. Oder, dass Menschen zwar zuhören und sich vielleicht sogar vornehmen, die Bewegung zu unterstützen, dieses Vorhaben aber temporär sehr begrenzt ist und nach kurzer Zeit wieder verschwindet. So ist es ja in den häufigsten Fällen. Auch besteht meiner Meinung nach bei einer solchen Form der Darstellung die Gefahr der Viktimisierung der erzählenden Personen.

Was bei einer solchen direkten Form der Darstellung wichtig ist, ist, dass in dem Moment, in dem eine Person vor Dir sitzt und ihre Geschichte erzählt, diese aufhört, ein bloßes passives Opfer zu sein. Wenn jemand einen Artikel über jemanden schreibt, die/der Schreckliches erlebt hat, fühlst Du Mitleid mit dieser Person, aber eine Person, die ihre Geschichte erzählt, hat ihre Stimme schon gefunden, geht also schon aktiv gegen ihre Situation vor.

Ich glaube, die gesamte Struktur des Tribunals wird auch dazu beitragen, dass die oben genannten Situationen nicht auftreten. Was wir verdeutlichen ist, dass wir nicht passiv ertragen, was uns widerfährt. Wir sind diejenigen, die aufzeigen wo das

Mai Zeidani ist vor 10 Jahren von Palästina-Israel nach Berlin gezogen. Seit 9 Jahren ist sie Aktivistin bei der *Plataforma* und der *Karawane*. Derzeit ist sie stark in der Organisation des Tribunals involviert und beschäftigt sich intensiv mit dem Thema «Critical Whiteness» sowie mit Emanzipationsbewegungen Schwarzer Frauen und Women of Color. Sie ist Mutter und Lebensgefährtin. **Iris Rajanayagam** ist Teil unseres Redaktions-

System versagt hat, wir fällen das Urteil und wir bestimmen das «Strafmaß», nicht eine vermeintlich neutrale Jury. Denn das deutsche Rechtssystem ist nicht neutral. Was mich zu der Frage bringt, welche Form eine solche «Strafe» annehmen könnte.

Das könnten bestimmte Aktionen gegen «Racial Profiling» sein, zum Beispiel, oder die Besetzung von Gebäuden, wie vor einiger Zeit die Besetzung der nigerianischen Botschaft.

Es bleibt wenig Zeit bis zum Tribunal. Was siehst Du momentan in unseren Vorbereitungen als größte Herausforderung?

Dass Menschen zuhören und das Gesagte tatsächlich ankommt und zu einer Veränderung im Denken der Zuhörenden führt, bleibt wohl eine der größten Herausforderungen bei diesem Tribunal. Ich hoffe, dass wir das bis zu einem gewissen Grad schaffen werden. Vor allem erhoffe ich mir jedoch, dass dieses Tribunal uns neue Perspektiven eröffnen wird, wir daraus Kraft und Mut tanken werden und dass es uns dabei unterstützen wird, auch weiterhin an der Bewegung und an uns selber zu arbeiten.

Das Tribunal wird im Internet live übertragen. Weitere Informationen unter: www.refugeetribunal.org/

Spenden sind mit dem Verwendungszweck «Tribunal 2013» auf folgendem Konto willkommen:

Kontoinhaber: Förderverein Karawane e.V.
Kontonummer: 40 30 780 800
Kreditinstitut: GLS Gemeinschaftsbank eG
Bankleitzahl: 430 609 67

teams und seit 2005 Aktivistin bei der *Plataforma* und der *Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant_innen*. Sie hat in Köln, Dar-es-Salaam und Berlin Neuere und Neueste Geschichte, Anglistik und African Studies studiert. Im Mai 2011 erwarb sie in diesen Fächern ihren Magister. Zurzeit lebt sie mit ihrem Partner und ihrem gemeinsamen Sohn in Berlin. (Foto: Marco del Pra' / Oury Jalloh Demonstration 2007)

Perspektive

Alltagsgedenken

Maria Portugal

«Guten Abend. Mein Name ist G. und ich bin heute hier, weil ich Opfer rassistischer Gewalt wurde. Ich wurde eingeladen, um Ihnen zu erzählen, was mir an jenem Tag passierte, aber auch, um mit Ihnen gemeinsam anderer Opfer rassistischer Gewalt zu gedenken: an diejenigen, die diese nicht überlebten, und an deren Angehörige. Aber auch an all die anderen, wie mich, die noch leben, jedoch jeden Tag ums Überleben kämpfen.»

Ich hatte gerade diese Zeilen, die ersten meines Redebeitrags, geschrieben, als mein Telefon klingelte. Ich ging nicht ran – viel zu sehr würde mich gerade eine Unterbrechung stören – und schrieb weiter. Das, was mir nicht allzu lange her widerfuhr, wie ich nach monatelangen rassistischen Beleidigungen und Bedrohungen von meinem eigenen Nachbarn letztendlich von ihm bespuckt, geschlagen und die Treppe runtergeschubst wurde, das schrieb ich nicht auf. Auch darüber, wie andere Nachbarn tatenlos oder gar belustigt zuschauten und wie keine_r von ihnen die Polizei alarmierte, schrieb ich nicht. Vielleicht, weil es mir noch so weh tut. Die Gehirnerschütterung, die Prellungen, die sind längst geheilt. Die Hilflosigkeit, die Scham, die Demütigung, die dauern immer noch an. Aber, ich brauche es auch nicht aufzuschreiben: Unzählige Male habe ich das Geschehnis schon vorgetragen: vor Ort, als die Polizei kam (irgendeiner Nachbar hatte sie, wegen Ruhestörung, gerufen), gleich nach der Befragung meines Nachbarn und der anderen Zeug_innen; vorm Gericht, als ich mich wegen der Vorwürfe der Körperverletzung gegen meinen Nachbarn verteidigen musste und dann, nun ja, die paar Interviews, um die man mich kurz danach bat.

Die Zeit sei reif, sagte die eine Journalistin am Telefon; gerade sei ja das Thema wieder so aktuell: Gedenktage an rassistische Pogrome, NSU und so, sagte sie weiter. «Bis heute um 12:00 Uhr brauche ich mindestens ein Opfer», sagte ein anderer noch, dann sei Redaktionsschluss. Ob wir gleich reden könnten? Woher sie alle meine Telefon-Nummer hätten, fragte ich nur verwirrt. Und sie nur: «Na ja, ob ich trotzdem bereit wäre, darüber zu reden, und ob schon klar wäre, dass der Nachbar ein Neo-Nazi» sei. Sonst, hieß es weiter, sei meine keine so gute Geschichte. Nein, stimmte ich zu, meine sei keinesfalls eine gute Geschichte. Aber sie sei eine wahre und ein Beispiel dafür, was viele im Alltag erleben würden. Aus Resignation oder wahrscheinlich getreu dem Motto «besser eine schlechte als gar keine Geschichte», da hörten sie mehr oder weniger interessiert zu, um dann einen aussagelosen und zum Teil

klischeebehafteten Auszug unseres Gesprächs zu veröffentlichen.

Wie ich schon sagte, ich brauche das alles nicht aufzuschreiben. Das werde ich einfach so, aus dem Gedächtnis, aus dem Alltag, aus den Alpträumen heraus berichten. Aber, den Rest, die Wünsche, die Erwartungen, die Forderungen, das muss ich unbedingt niederlegen. Es ist wichtig, am Ende nicht zu emotional zu werden und, falls ja, dann vorlesen zu können. Gedenken heißt auch, uns Opfer von Diskriminierung und rassistischer Gewalt im Alltag wahr- und ernst zu nehmen, auf gleicher Augenhöhe zu begegnen, nicht nur über die Täter_innen und vor allem nicht in unserem Namen über unsere Perspektive zu sprechen, sondern uns selbst zur Wort kommen lassen, so wie es jetzt glücklicherweise der Fall ist. Am Ende, ist ja klar, werde ich mich dann für die Möglichkeit bedanken.

Es ist eure Chance, so sagte der Ansprechpartner der Initiative, Lokalpolitiker_innen und Akteur_innen sowie Bürger_innen zu sensibilisieren, aufmerksam auf «eure Probleme» zu machen. Es wäre toll, wenn du kommen könntest, fügte er beflügelt hinzu. Das war bei unserer ersten Begegnung, in einem Raum, den diese mit anderen eher kleinen Bürgerinitiativen teilte. Ich bin der Einladung gefolgt und war sehr froh darüber, von diesen engagierten Menschen Unterstützung zu bekommen. Ja, Herr Z. und ich konnten uns schnell auf vieles einigen, vor allem darauf, wie unabdingbar es ist, in einer Veranstaltung zum «Gedenken an Opfer rechts-extremer und fremdenfeindlicher Gewalt» die Perspektive dieser ein Gesicht, einen Namen und eine Stimme zu geben. Über den Titel der Veranstaltung sowie darüber, wie er mich unvermittelt und trotz der offensichtlichen mindestens 30 Jahre, die uns trennten, selbstverständlich duzte, darüber konnten wir uns nicht verständigen. Als ich ihn auf beides ansprach, erwiderte er nur lakonisch: «Ja, ja, ich weiß schon, was du meinst!»

Es klingelte noch einmal, diesmal war es mein Handy. Ich hatte zwar noch nicht weitergeschrieben, aber dachte, es müsste bestimmt was Dringendes sein, also antwortete ich. Eine Frauenstimme meldete sich, stellte

sich als Frau L. vor, die Sekretärin des Schirmherrn der Gedenkveranstaltung für Herrn B. vor. Sie kümmerte sich um das Programm und wollte mir nur mitteilen, dass leider organisatorisch, besser gesagt zeitlich, mein Beitrag nicht mehr reinpassen würde. Und wie sehr es ihr leid tue, aber es gäbe da eine Alternatividee: Ob ich nicht bereit wäre, am liebsten wäre es ihr natürlich, ich käme in traditionellen afrikanischen Gewändern, um ein Märchen zu erzählen oder ein Lied vorzutragen. Dadurch würden am schnellsten Vorurteile abgebaut und Menschen abgeholt, da wo alles anfängt: Bei ihrer Angst vor den Unbekannten, vor dem Fremden. Wir wollen alle in eine bessere Zukunft blicken und uns nicht immer an der Vergangenheit festklammern. Ich würde es sicher auch so sehen, nicht wahr?! Und dann, außerdem, würden die Leute es sicher spannender finden, eine Gedenkfeier sei es doch, und keine Trauerfeier. Mir wurde schwindelig, glühend heiß und

eisig kalt zugleich, und ich sagte nur: «Ich bin kein Darsteller, ich kann das nicht.» Ob ich mir das nicht überlegen wollte, schließlich sei das auch für mich eine Gelegenheit, es seien ja viele Menschen eingeladen worden, und so könnte sich ja sogar die Situation in der Nachbarschaft für mich verbessern. Eine Art «Völkerverständigung», fügte sie noch hinzu und gab einen schrillen Laut von sich, der sich wie ein kurzes, heiteres Lachen anhörte. Es folgte eine Reihe für mich ab da nicht mehr entzifferbarer Wörter – und dann ein endloses Tut-tut-tut...

Maria Portugal ist Mitarbeiterin von ReachOut, wo sie Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt berät.

Veranstaltungshinweis

Ganz gewöhnliche Berliner Straßen und Plätze sind auf den Fotografien von Jörg Möller zu sehen. Sie lassen nichts von der Angst und den Schmerzen erkennen, die Menschen an diesen Orten erlitten haben. Und doch handelt es sich um Tatorte rassistischer und rechter Gewalt. Die Ausstellung der Opferberatung ReachOut zeigt die erschreckende Normalität dieser Angriffe und die Erkenntnis, dass Opfer häufig an keinem Ort und zu keiner Tageszeit wirklich sicher sind. Eröffnung: 7. Juni, 17:00–19:00 Uhr, mit Helga Seyb (ReachOut); Jörg Möller (Fotograf) und Teilnehmer_innen am internationalen Workshop «Understanding Marginalisation – Working for Inclusion». Ausstellungsort: August-Bebel-Institut; Müllerstr. 163; 13353 Berlin. Ausstellungsdauer: 10.–27. Juni 2013, Öffnungszeiten: **Montag bis Freitag 14:00–18:00 Uhr.**

20. Juni 2013, 17:00–19:00 Uhr

Tatorte in Straßen – Tatorte in Köpfen. Ein Gespräch über Rassismus



Rassistische Gewalt ist alltäglich. Rassismus und andere Formen von Ausgrenzung beginnen aber nicht erst mit körperlicher Gewalt. Dass ein Bewusstsein dafür besteht, zeigen Debatten um Sprache in Kinderbüchern und um vermeintliche Analysen der Migrationsgesellschaft. Wann denkt ein Kopf rassistisch? Und wie hängt Rassismus im Denken mit tätlichen Angriffen zusammen? Was schließlich kann Politik gegen beides tun? Der Abend bringt drei Perspektiven miteinander ins Gespräch: Wissenschaft, Opferberatung, und Politik. Mit: Iman Attia (Alice-Salomon-Hochschule); Monika Lücke (Beauftragte für Integration und Migration des Landes Berlin); Sabine Seyb (ReachOut). Moderation: Manuela Bauche (August-Bebel-Institut).

Dokumentation

20 Jahre Abschaffung des Asylrechts. Rassismus damals und heute

Generation Kanak

Hast du dich schon mal gefragt, warum viele Menschen, die teils schon Jahre in Deutschland leben, hier nicht arbeiten dürfen? Warum Leute teilweise über Jahre hinweg andauernd zur Ausländerbehörde müssen und nie wissen, wie lange sie noch hier bleiben können? Oder warum Deutschland zwar eines der reichsten europäischen Länder ist, aber trotzdem mit am wenigsten Flüchtlinge aufnimmt?

Um solche Fragen wird es in den folgenden Seiten gehen. Denn im Vordergrund der Zeitung, die du grade in den Händen hältst, steht der zwanzigste Jahrestag der Abschaffung des Asyls durch die damalige Koalitions-Regierung aus CDU und FDP. Im Mai 1993 wurde im frisch wiedervereinigten Deutschland der Artikel 16 des Grundgesetzes abgeschafft, der bis dahin hieß: «Politisch Verfolgte genießen Asylrecht».

Die '93 eingeführte Änderung des Grundgesetzes sorgte dafür, dass alle die, die seit dem aus als sicher geltenden umliegenden Staaten – den «sicheren Drittstaaten» – hierher kommen, sofort dahin wieder abgeschoben werden können. Sie müssen dann im EU-Staat, in dem sie zuerst ankamen, ihren Asylantrag stellen. Das sind dann meistens die Staaten, die an den Grenzen Europas liegen, wie Italien oder Griechenland. Da die Bundesrepublik nur von Staaten umgeben ist, die als sicher gelten, konnte in der Folge natürlich ein Großteil aller geflüchteten Menschen gleich wieder abgewiesen werden. Die Zahlen der Asylbewerber gingen dadurch stark nach unten.

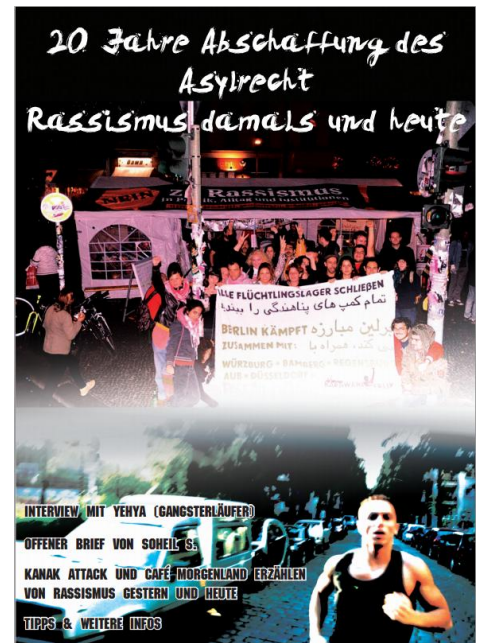
Das hast du vielleicht daran gemerkt, dass die meisten migrantischen Familien vor den 90er Jahren her gekommen sind und es viel weniger Menschen gibt, die in der Zeit danach hierher kamen. Tatsächlich sinken die Zahlen derer, die überhaupt noch Asyl beantragen dürfen und nicht sofort wieder abgeschoben werden seit 1993 immer weiter. Und das, obwohl es nach wie vor viele Menschen gibt, die gezwungen sind zu flüchten.

Die Einschränkung des Asylrechts hatte also weitreichende Folgen für Menschen, die aus anderen Ländern hierher flüchten wollten oder mussten, aber eben auch für diejenigen, die schon lange in Deutschland lebten. Denn auch der politische Kurs gegenüber den schon hier lebenden MigrantInnen verhärtete sich erheblich. Auch die ehemals als günstige Arbeitskräfte angeworbenen sogenannten «GastarbeiterInnen» wurden in der öffentlichen Debatte mehr und mehr als Problem behandelt. Die Rede war auf einmal von «Integrations-Verweigern» und «Parallelgesellschaften». Dass der Grund für rein migrantische Stadtteile oft der Wegzug der deutschen Bevölkerung war und nicht die Abschottung der türkischen oder arabischen Familien, wird dabei meistens verschwiegen.

Vielleicht hast du auch schon mal darüber nachgedacht, warum in Deutschland Kinder aus migrantischen Familien so oft schlechter abschneiden in der Schule? Warum liegt an Hauptschulen der Anteil von Jugendlichen mit «Migrationshintergrund» bei 32%, während nur 16% der Kinder ohne Migrationshintergrund auf die Hauptschule kommen?

Dieses Verhältnis liegt nicht zuletzt daran, dass Kinder mit Migrationshintergrund noch bis in die späten 80er in gesonderte Klassen und pauschal in Hauptschulen gesteckt wurden. Aber auch heute noch kriegen Kinder aus migrantischen Familien bei gleichen Noten wie ihre deutschen MitschülerInnen weniger häufig Gymnasial-Empfehlungen. Das SchülerInnen, die Ahmed oder Zeinab heißen, von vornherein oft weniger zugetraut wird als Heike oder Markus, ist traurige Realität und prägt auch das Selbstbewusstsein und damit den Schulerfolg.

Wenn es heute um die Aufnahme von Flüchtlingen geht, liest man regelmäßig, dass die Kapazitäten, MigrantInnen aufzunehmen, angeblich erschöpft seien. Deutschland sei «voll» heißt es dann. Und das, obwohl die Zahlen derjenigen, die kommen um Asyl zu beantragen, weitaus niedriger sind als in Frankreich oder Spanien. Es scheint sich die Auffassung durchgesetzt zu haben, dass es nicht die Pflicht des Staates ist, Menschen, die aus Notsituationen in anderen Ländern flüchten, aufzunehmen. Vielmehr wird so getan, als sei das ein Gefallen, der dann manchen zuteil und anderen verweigert wird. Die Maßstäbe für die Aufnahme werden von der Regierung hier, im sicheren Deutschland,



festgelegt. In den letzten Jahren wird das zunehmend an Bedingungen wie sogenannte «Integrations-Bereitschaft» geknüpft. Was dann eine gelungene Integration sein soll, wird ständig neu festgelegt und ist völlig willkürlich. Wenn du heute in den Nachrichten von Kriegen in Afghanistan oder anderen Ländern hörst, wird selten darüber geredet, dass Deutschland als größter Waffen-Exporteur Europas kräftig mitverdient am Elend in anderen Staaten. Krieg und seine Folgen werden dann zu etwas gemacht, was sehr weit weg ist.

Dass Deutschland für Kriege, aus denen Menschen dann fliehen müssen, mitverantwortlich ist, führt nicht dazu, dass hier auch Verantwortung für die Betroffenen dieser Konflikte übernommen wird.

Die politischen Entscheidungen, die 1993 getroffen wurden, erschweren es also bis heute Menschen, die auf der Flucht vor Krieg, Gewalt, Armut und auf der Suche nach Perspektiven sind, sich hier ein neues Leben aufzubauen. Gleichzeitig müssen aber auch Leute mit Migrationshintergrund, die hier aufgewachsen sind, gegen Arbeitsverbote, Abschiebe-Bedrohungen, Schikanen auf der Ausländerbehörde und Alltags-Rassismus kämpfen.

Deswegen haben wir anlässlich des zwanzigsten Jahrestags der Abschaffung des Asyls verschiedene Personen befragt, die konfrontiert sind mit den Auswirkungen dieser Gesetzesänderungen und des dazugehörigen Kurswechsels in der Politik.

Die Beiträge kommen von jungen Menschen, die hier aufgewachsen sind und trotzdem auf vielen Ebenen immer wieder ausgegrenzt werden. Im ersten Teil gibt es ein Interview mit Yehya El-Ahmad, der in der Dokumentation «Gangsterläufer» Einblick in die Lebens-Realitäten Jugendlicher in Neukölln gibt.

Im zweiten Teil erzählen junge Menschen wie Soheil, die erst vor kurzem nach Deutschland geflohen sind, aus ihrem Alltag. Wie das Leben in Lagern als AsylbewerberIn aussieht, können sich die meisten hier nicht vorstellen, ebenso wenig wie es ist, alles verlassen zu müssen und in ein fremdes Land zu kommen, um dann dort behandelt zu werden, als sei schon die Anwesenheit hier eine kriminelle Handlung.

Im dritten und letzten Teil der Zeitung berichten migrantische AktivistInnen, die vor 20 Jahren politisch aktiv waren, wie sie die Abschaffung des Asyls wahrgenommen haben. Die Zeit Anfang der 90er Jahre war geprägt von einer Welle von Gewalt gegen MigrantInnen. Asylbewerberheime wurden in vielen Orten in Brand gesteckt und rassistische Angriffe waren an der Tagesordnung. Die Änderung im Asylgesetz 1993 wurde dann von vielen PolitikerInnen absurderweise damit gerechtfertigt, dass der Rassismus ja zeige, dass man den Deutschen nicht noch mehr MigrantInnen zumuten könne. Anstatt also etwas gegen die rassistische Gewalt zu tun, wurde das Problem in der Anwesenheit der Betroffenen gesucht. Hierzu erzählen die Mitglieder von Kanak Attak und Café Morgenland ihre Perspektive.

Das hier dokumentierte Vorwort gehört zu der Broschüre «20 Jahre Abschaffung des Asylrechts – Rassismus damals und heute», die als gruppenübergreifendes Projekt im Rahmen einer Vernetzung von jungen People of Color entstanden ist und die Idee einer migrantischen Jugendzeitung verfolgt. Anfragen zu der Zeitung können an die Adresse generation.kanak@riseup.net geschickt werden. (Foto: Generation Kanak / Titelbild der Zeitung)

Bericht

Lagerland Berlin

Petek Heglein



Mitte Mai lud das *Bündnis gegen Lager Berlin-Brandenburg* unter dem Motto «Lagerland Berlin – warum Flüchtlinge in Sammelagern statt in Wohnungen leben müssen» ein, um mit der Berliner Mietergemeinschaft, dem Flüchtlingsrat und Betroffenen zu diskutieren, welche Strategien im Umgang mit der prekären Situation von Flüchtlingen auf dem Berliner Wohnungsmarkt von Nöten sind. Flüchtlinge werden zum einen auf dem Wohnungsmarkt diskriminiert und zum anderen nimmt sich niemand dieser Thematik an – anstatt für die Unterbringung in Wohnungen wird sich für den Verbleib in Sammel- und Notunterkünften eingesetzt. Immer mehr solcher Sammeleinrichtungen richtet der Sozialsenat ein, «Gemeinschaftsunterkünfte» genannt. Das Positive, das damit suggeriert wird, existiert jedoch nicht. Der Flüchtlingsrat besucht jede Unterkunft einmal, mitunter mit dem Ziel, die Sozialarbeiter_innen zu «integrieren» bzw. diese für die Belange der Bewohner_innen zu sensibilisieren. Außerdem erstellt er Mängellisten, die der Verwaltung übergeben werden und verdeutlichen, dass die Gesamtsituation sehr schlecht ist. Die Beispiele sind verheerend: Die Palette reicht vom Fehlen einer Privatsphäre (Stoffvorhänge statt Türen), Nichterfüllen von Brandschutzvorschriften, dauerhafte Anwesenheit von Security-Personal mit Walky Talkys bis zu unzureichenden Gegebenheiten in Bädern und Küchen oder dem Fehlen von Möbeln.

Die Bezirke formulieren zudem nennenswerten Widerstand – gegen die Flüchtlinge, und nicht die Bedingungen, unter denen sie untergebracht werden. Carsten Spallek etwa, Baustadtrat des Bezirks Mitte, sprach davon, dass Flüchtlinge den Frieden störten. Martin Lambert, sein Reinickendorfer Kollege, schrieb einen Hetzbrief an Anwohner_innen mit einem Aufruf zum Protest gegen eine neue Unterkunft. Die Anwohner_innen würden durch das zuständige Landesamt für Gesundheit und Soziales übergangen, wenn es um die Vermeidung «negativer Einflüsse» gehe. Er fordert auch Widerstand gegen eine weitere neue Sammelunterkunft. Die Initiative «Pro-Marie-Schlei-Haus» wollte unbedingt verhindern, dass eine Senior_innenresidenz zu einer Flüchtlingsunterkunft umgewidmet wird. Viele andere Bezirke sperren sich ebenfalls, auf vielfältige Weise.

Der Flüchtlingsrat klärt demgegenüber über das sogenannte geschützte Marktsegment auf, wonach Flüchtlingen Wohnungen vermittelt werden sollen, die im

öffentlichen Besitz sind. Während das doch auf den ersten Blick positiv zu bewerten sei, bringt auch dies seine Problematik mit sich. Diejenigen, die sich eigens auf Wohnungssuche machen, werden nicht nur auf dem Wohnungsmarkt aufgrund ihres «Migrationshintergrunds» oder des Aufenthaltsstatus diskriminiert, sondern sie werden auch gleichzeitig mit dieser Regelung konfrontiert, auf die sich die Wohnungsbaugesellschaften berufen, um Ablehnung zu begründen. Die Mietergemeinschaft weist regelmäßig darauf hin, dass es zudem in Berlin gar keine Leerstände mehr gibt. In der Vergangenheit sei politisch verhindert worden, dass ausreichend neue Wohnungen gebaut werden, die Bevölkerungsentwicklung sei nicht berücksichtigt worden. Allein, um den Bestand zu erhalten, wäre jährlich ein Neubau von etwa 18.000 Wohnungen notwendig. Die Mietergemeinschaft teilt die Meinung des Flüchtlingsrats, dass die Vergabe von Wohnungen über Kooperationsverträge mit öffentlichen Wohnungsbauunternehmen erfolgen sollte. Die Wohnungsbauunternehmen müssen in die politisch-soziale Verantwortung genommen werden, auch indem sie einer sozialen und nicht einer betriebswirtschaftlichen Effizienz folgen.

Zu den weiteren Forderungen zählte die zielgruppenspezifische Ansprache von Immobilienbesitzer_innen, Verwalter_innen, Betreiber_innen der Heime bis hin zu Anwohner_innen und Bezirke. Insbesondere auf den Senat für Soziales und Stadtentwicklung müsse Druck ausgeübt werden, etwa durch Demonstrationen. Initiativen wie «Pro-Marie-Schlei-Haus» und andere sollten merken, dass Gegenwehr existiert. Mehr Sozialarbeiter_innen, die nicht direkt dem Landesamt für Gesundheit und Soziales unterstehen, sollten sich der Flüchtlinge annehmen. Solidarität könnte beispielsweise praktiziert werden, indem Kontakt- und Beratungsstellen Bescheid gegeben wird, wenn Wohnungen frei werden.

Petek Heglein ist Absolventin der Alice-Salomon-Hochschule und arbeitet u.a. zu Kinderrechten in Deutschland. (Foto: privat)

MRBB-News

Vorstandswahlen im Migrationsrat

Am 16.05.2013 wählten die Vertreter_innen der Mitgliederorganisationen des Migrationsrats auf der außerordentlichen Hauptmitgliederversammlung einen neuen Vorstand.



Folgende Kandidat_innen wurden für die kommenden zwei Jahre in den Vorstand gewählt:



Von links nach rechts, hintere Reihe:
Nuran Yiğit, Sanchita Basu, Meral El, İrfan Kızgın (Ersatzmitglied), Nadine Katabogama, Noa Ha, Cristina Martín, Angelina Weinbender (Geschäftskoordination)
Vordere Reihe:
Sarah Abel (Ersatzmitglied), Koray Yılmaz-Günay, Magdalena Benavente (Ersatzmitglied) und Didem Yüksel.

Als Kassenprüfer_innen wurden Mehmet Koç, Güray Kışmir und Coşar Karadaş gewählt.

Pressekonferenz zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2012

Mehr Racial Profiling, weniger Aufklärung

Berlin, 14.05.2013: Angelina Weinbender (Migrationsrat Berlin Brandenburg e.V.) stellt die Stellungnahme des Migrationsrats zur statistischen Erfassung von Rassismus und «Integration» im Rahmen der Polizeilichen Kriminalstatistik 2012 dar.

Dabei lässt sich über die Jahre hinweg eine beunruhigende Zunahme an Verdächtigungen gegenüber Migrant*innen beobachten, die 2012 mit der CDU-regierten Innenverwaltung ihren bisherigen Höhepunkt erreichen. «Laut PKS 2012 nehmen seit 2007 die Verdächtigungen gegenüber Migrant*innen und People of Color kontinuierlich zu, während die Aufklärungsquote sinkt», so Angelina Weinbender.

Weiterlesen unter:

<http://migrationsrat.de/pressemitteilungen>

Presseecho:

Tagesspiegel:

[Migrationsrat kritisiert Kriminalitätsstatistik](#)

Märkische Allgemeine:

[Profile in der Kriminalitätsstatistik – Migranten werfen Berliner Polizei Rassismus vor:](#)

taz:

[Mit beschränkter Aussagekraft – Der Migrationsrat übt Kritik an der Kriminalstatistik der Berliner Polizei](#)

rbb-online:

[Kritik von Migrantenverbänden – Polizei soll Kriminelle nicht nach Herkunft erfassen](#)

Neues Deutschland:

[Racial Profiling in der Kritik – Migrantenorganisationen: Einteilung in nichtdeutsche und deutsche Tatverdächtige ist willkürlich](#)